

Kunst darf nicht **missbraucht** werden

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit darf nicht mit künstlerischer Freiheit gerechtfertigt werden **Agnes Krumwiede**

Die Überschreitung der Grenzen gesellschaftlicher Konventionen war immer ein Bestandteil von Kunst. Wie viel Freiheit darf man aber Musik und Musikern zugestehen, die Inhalte mit Gewalt in der Musik vermitteln?

– **Kunst braucht Freiheit**, um sich entfalten zu können. Grenzen gesellschaftlicher Konventionen auszuloten und zu provozieren, ist in der Kunst erlaubt. Gewaltverherrlichung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jedoch dürfen nicht mit künstlerischer Freiheit gerechtfertigt und verharmlost werden. Die „Freiheit der Kunst“ ist nicht grenzenlos. Unser Grundgesetz sowie das geltende Strafrecht definieren die Grenzen künstlerischer Freiheit. Im Bereich der „Grauzonenmusik“ werden strafrechtlich relevante Grenzen von den Akteuren bewusst umgangen. „Grauzonen-Bands“ kokettieren gern mit einem offensiven Nationalstolz und finden oft Akzeptanz in der rechten Szene. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist im Gegensatz zum Linksextremismus ein typisches Merkmal des Rechtsextremismus. Rechtsextreme Gruppen benutzen Musik gezielt und systematisch zur Verbreitung ihrer Ideologien, künstlerische Qualität ist dabei nicht entscheidend. Musik wird als „Mittel zum Zweck“ missbraucht.

Ursachen für die zunehmenden Radikalisierungstendenzen in der Musik sind vielfältig und können nicht losgelöst vom gesellschaftlichen Kontext analysiert werden: Thilo Sarrazin verfasste mit *Deutschland schafft sich ab* die übelste Schrift gegen eine religiöse Minderheit in Deutschland seit den Tagen des Holocaust.

Die Anzahl von mehr als 1,3 Millionen verkauften Exemplaren und die Zustimmung zu seinen Ausführungen belegen, dass das Gedankengut gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft weit verbreitet ist. Diverse Internetforen wie das anti-muslimische Portal „Politically Incorrect“ mit hauptsächlich anonymen Nutzerinnen und Nutzern fördern, enthemmen und multiplizieren rechtsextreme Äußerungen. Zehn Jahre lang konnte die rechtsextreme Terrorvereinigung NSU mitten unter uns unbehelligt rassistisch motivierte Morde begehen.

Die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus müssen dringend erhöht werden: Die von Kristina Schröder eingeführte „Extremismusklausel“ gehört aus den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus gestrichen, denn sie benachteiligt finanziell die Arbeit der zahlreichen Initiativen gegen Rechts und stellt sie unter Generalverdacht. Außerdem müssen die Bundesmittel für Programme und Initiativen gegen Rechts auf 50 Millionen Euro pro Jahr verdoppelt werden.

Der Kulturstaatsminister fördert aus seinem Etat kein einziges Projekt, das die Prävention gegen rechtsextreme Tendenzen in der Musik beinhaltet. Ein kulturpolitischer Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2012 zur Unterstützung eines künstlerischen



Forschungsprojekts („Jugendkulturen – Demokratisierungspotenziale und ‚Ideologien gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘“) des Archivs für Jugendkulturen wurde mit der schwarzen Mehrheit abgelehnt.

Es gibt Orte in Deutschland, die kulturell tot sind, weil Kultur- und Freizeitangebote kommunalen Sparzwängen zum Opfer gefallen sind. August Everding hat gewarnt: „Wo Kultur wegbreicht, wird Platz frei für Gewalt.“ Wenn etablierte Parteien bei der Kultur – insbesondere bei Angeboten für Jugendliche im ländlichen Raum – den Rotstift ansetzen, bekommen rechte Gruppierungen Gelegenheit, das entstandene kulturelle Vakuum für ihre Zwecke zu nutzen. Der finanzielle Handlungsspielraum der Kommunen muss vergrößert werden, damit diese ihre kulturellen Aufgaben erfüllen können. Auch die Zivilgesellschaft und die Musikwirtschaft, Konzertveranstalter ebenso wie Musikvertriebe im Internet sind in der Pflicht, rechtsextreme Inhalte und Gewaltaufrufe im Musikbereich zu ermitteln und ihre Verbreitung zu verhindern. Rechtliche Konsequenzen wie das Indizieren von Songs oder Auftrittsverbote müssen gegebenenfalls konsequent zur Anwendung kommen. Sanktionen allein ersetzen jedoch keine nachhaltige Prävention: Aufklärung über rechtsextreme Methoden muss obligatorischer Bildungsinhalt

sein. Mehr Mittel für die Jugendarbeit und dezentrale Jugendzentren mit vielfältigen Angeboten sind ebenso notwendig wie ein Ausbau der Ganztagschulen mit Raum und Zeit für Reflexion, Sport und künstlerische Aktivität. Wir brauchen ein Umdenken, eine Abkehr von der Ökonomisierung menschlicher Leistungen hin zu mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit. Ein gesellschaftliches Klima, das geprägt ist von Empathie, interkulturellem Miteinander und Verantwortungsbewusstsein, entzieht rechtsextremen Tendenzen den Nährboden.

Agnes Krumwiede, Diplommusikerin und Pianistin mit Konzertexamen, ist für Bündnis 90/Die Grünen seit 2009 Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Ingolstadt, Neuburg-Schrobenhausen und Eichstätt. Seit Oktober 2009 ist sie kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Obfrau und Mitglied ihrer Fraktion im Ausschuss für „Kultur und Medien“.